

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenvornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 87

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatl. 3200.— M. ohne Bestellgeld.

Halver
Freitag, den 4. Mai 1923

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 60.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 150.— M.,
Offerten-Befragung und Auskunft 100.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das neue deutsche Reparationsangebot ist den alliierten Mächten in Form einer Note übergeben worden. Es schlägt eine Zahlung von 30 Milliarden Goldmark vor.

* Der Reichsminister hat in einer Rede vor den Ministernpräsidenten der Länder die Bedeutung des neuen deutschen Angebots erläutert.

* Die Bergarbeiterlöhne sind vom Schlichtungsausschuß am 1. Mai für das besetzte Gebiet um 13 %, für das unbesetzte um 11 % erhöht worden.

* Der Chef der Firma Krupp, Herr Krupp von Bohlen und Halbach, wurde von den Franzosen verhaftet und nach dem Gefängnis in Werden gebracht.

* In Pariser politischen Kreisen erwartet man eine Wiederaufnahme der am 4. Januar unterbrochenen Reparationskonferenz, die diesmal unter dem Vorsitz Curzons in London stattfinden sollte.

30 Milliarden Gold!

Zunächst muß bei der Beurteilung der deutschen Note deren Inhalt soeben bekannt wird, ein Sachverhalt beachtet werden, der für die Außenpolitik wirksam ist. Das kann nach zwei Richtungen hin geschehen: entweder bringt das deutsche Angebot Frankreich und Belgien an den Verhandlungstisch, oder beide Mächte lehnen das ab. Geschieht letzteres, schlägt Poincaré, wie er es im Januar auf der Pariser Konferenz tat, dem Überbringer der Note wörtlich oder figurlich die Tür vor der Nase zu — dann wird auch die Welt — vielleicht — einsehen, daß es Frankreich gar nicht um Reparationen wirtschaftlicher Natur zu tun ist, sondern, daß es nur machtpolitische Pläne verfolgt, für die seine wirtschaftlichen, seine „Sanktions“-Maßnahmen nur den Deckmantel abgeben. Dieser Mantel wird aber durch die glatte Weigerung, auf Verhandlungen mit Deutschland einzugehen, ehe wir uns nicht als „Besiegte im Ruhrkampf“ erklären, wirklich und endgültig herabgerissen werden.

Der leitende Gedanke der Note, die Voraussetzung, unter der Verhandlungen überhaupt möglich sind, ist aber, daß die ganze Behandlung des Reparationsproblems erfolgen muß „auf dem Wege gegenseitiger Verständigung“. Also nicht durch Ultimaten der „Sieger“ an den „Besiegten“, sondern nur so, daß Gleichberechtigte sich an den Verhandlungstisch setzen. Dann, aber nur dann ist Deutschland bereit, alle nur denkbaren Anstrengungen zu machen, um, als im Weltkrieg Unterlegener, die Reparationen zu leisten, die für den Wiederaufbau der „zerstörten“ Gebiete dienen sollen.

Bisher ist dieser Gesichtspunkt der „gegenseitigen Verständigung“ von Frankreich und Belgien nicht akzeptiert; daher kann die deutsche Regierung ihren Rechtsstandpunkt gegenüber den Rechtsbrüchen beider Mächte nicht aufgeben, kann dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet nicht ein Ende machen, nicht eher, als bis sich Frankreich und Belgien zu dieser Voraussetzung jeder Verhandlung bekannt haben. Doch das hat nicht nur grundsätzlich zu geschehen, sondern aus dem französisch-belgischen Vorkommen zum Geist der Verständigung mit Deutschland müssen diese beiden Mächte auch die notwendigen praktischen Schlussfolgerungen ziehen; d. h. „der Ausgangspunkt der Verhandlung muß sein, daß innerhalb kürzester Frist der Zustand wie vorher wiederhergestellt wird“. Dazu gehört, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt und in den Rheinländern vertragsmäßige Zustände wiederhergestellt werden. Eher ist an eine Aufgabe des passiven Widerstandes nicht zu denken, weil, wie gesagt, sonst jene für uns lebensnotwendige Voraussetzung der Verhandlungsmöglichkeit einfach nicht vorhanden ist. Aus diesem rechtswidrigen Verhalten Frankreich-Belgiens folgt natürlich auch die Pflicht der Freisetzung der Verhafteten, die Rückkehrerlaubnis der Vertriebenen. Aber doch auch, was merkwürdigerweise in der Note nicht erwähnt ist, der Entschädigung für die zahllosen Verbrechen an Deutschen.

Das Bekenntnis zum Geist der Verständigung muß sich auch darin ausdrücken, daß das ganze „Sicherungs“-problem, wie es von Frankreich jetzt in den Vordergrund geschoben worden ist, auf dem Fuß der Gegenseitigkeit behandelt wird. Lord Curzon's Worte hierüber haben in der Note ihr Echo gefunden. Diese Gegenseitigkeit, die deutscherseits schon im Dezember durch den Vorschlag eines Rheinlandpakt gemacht, aber bekanntlich von Frankreich schroffe und barsch abgelehnt wurde, ist hinübergeschoben worden — nach unserer Ansicht jetzt glücklicher, weil klarer festgehalten — auf das Gebiet der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Das heißt, so sehr, daß wir uns sogar mit dem Vorschlag des früheren amerikanischen Staatssekretärs Bryan einverstanden erklären, alle zwischenstaatlichen Streitigkeiten dieser internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen. Bei diesem Punkte wird Frankreich ganz präzise vor die Frage gestellt, ob es wirklich einer vernünftigen internationalen Regelung der deutsch-französischen Spannungen zustimmen oder, durch eine Ablehnung praktisch die machtpolitischen Pläne, die auf Deutschlands Zerstörung hinauslaufen, vor aller Welt bekennen will.

Im Rahmen dieser Voraussetzungen erfolgen dann die deutschen wirtschaftlichen Reparationsvorschläge, d. h. Ausschüttung oder — man möge sich das nicht! — „Internationalisierung“ der politischen Seite der deutsch-französischen Auseinandersetzung, und Behandlung des Reparationsproblems nur auf einer wirtschaftlichen Basis; aber unter Zugrundelegung des Versailles-Vertrages. Wird die politische Behandlung ausgeschlossen, dann erfolgt damit auch das Zugeständnis der Gegenseite, daß die französische „Sanktions“- und „Pfänder“-Politik aufzuheben hat. Nicht allein, weil sie der Gesamtvoraus-

setzung, nämlich den „Geist der Verständigung“, widerstreitet, sondern weil sie ein wirtschaftlicher Wahnsinn ist. Alle Vorschläge, die Deutschland macht, stehen und fallen mit diesem Grundsatz.

Aber sie wird im einzelnen noch viel zu sagen sein. Sie setzen ja im wesentlichen auf den Vorschlägen Bergmanns, und man hat nun doch eine „bestimmte Ziffer“ genannt, die aber als Höchstangebot zu gelten hat. Tatsächlich wird die Entscheidung, den Anträgen des amerikanischen Staatssekretärs Hughes gemäß, in die Hände einer internationalen Kommission gelegt. Die Regierung erklärt, daß sie auch die gesamte Wirtschaft in Anspruch nehmen wolle, um die notwendigen Garantien für die geplanten Anleihen zu geben. Auf's schärfste ist aber dabei zu unterstreichen, daß die Haftung der deutschen Wirtschaft lediglich der Regierung gegenüber erfolgt, und daß an eine privatrechtliche Überantwortung deutschen Vermögens, an einen Zugriff der Entente auf deutschen Privatbesitz, in der Form hypothekarischer Belastung, nicht zu denken ist.

Vielleicht werden wir schon in wenigen Tagen erfahren, welche Wirkung das neue deutsche Angebot — das aber nur in den Einzelheiten neu, im Leitgedanken alt ist — auf die Gegner ausüben wird. Es geht nicht nur an die in der Note 6 bezeichneten Großmächte, sondern auch an die Neutralen. Weißt man uns auch jetzt wieder in Paris und Brüssel mit Spott und Hohn zurück, dann weiß das deutsche Volk, daß es für uns nur Fortsetzung des erbitterten Kampfes um unser Dasein geben kann, einen Kampf bis zum Sieg oder zum Untergang. Das wird dann aber auch die Welt wissen.

Aus dem Wortlaut der Note.

30 Milliarden — Garantien — Räumung der Ruhr.

Trotz der Ereignisse der letzten Monate hat Deutschland an seiner Bereitwilligkeit festgehalten, für Zwecke der Reparationen, namentlich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, zu leisten, was immer in seiner Kraft steht. Jeder Versuch, diese Bereitwilligkeit in die Form praktischer Vorschläge zu kleiden, wird jedoch dadurch erschwert, daß es bei der Verfassung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse nicht möglich ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands in festen endgültigen Ziffern abzuschätzen. Daher muß jede Lösung einen elastischen Faktor enthalten. Die deutsche Regierung faßt ihre Vorschläge zum Reparationsproblem und den damit verbundenen politischen Fragen wie folgt zusammen:

Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles wird auf dreißig Milliarden Goldmark festgesetzt, die mit zwanzig Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit fünf Milliarden bis zum 1. Juli 1929 und mit fünf Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf den internationalen Geldmärkten aufzubringen sind.

Die ersten zwanzig Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihezinßen bis zum 1. Juli 1927 werden aus dem Anleiheerlös entnommen. Falls die beiden Beträge von je fünf Milliarden Goldmark bis zu den dafür vorgesehenen Terminen im Anleihewege zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der nicht gedeckte Rest aufzubringen ist. Als beratende Kommission soll gelten entweder das Anleiheforum, das die ersten zwanzig Milliarden Goldmark begeben hat, oder ein dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes entsprechendes Komitee von internationalen Geschäftsführern, in dem Deutschland gleichberechtigt vertreten ist, oder ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung sowie einem Obmann. Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß sie mit diesem Vorschlag bis an die äußerste Grenze dessen gegangen ist, was Deutschland bei Ausspannung aller Kräfte zu leisten vermag; sie hat nach der durch die Ruhrbesetzung verursachten weiteren Störung und Schwächung der deutschen Wirtschaft ernste Zweifel, ob nicht der Vorschlag die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt.

Sollte diese Auffassung von der anderen Seite nicht geteilt werden, so schlägt die deutsche Regierung vor, entsprechend der Anregung des Staatssekretärs Hughes das gesamte Reparationsproblem einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten. Die deutsche Regierung ist bereit, für die von ihr angebotenen Leistungen spezielle Garantien zu stellen.

Die deutsche Regierung ist bereit, nach Maßgabe der noch zu treffenden Vereinbarung durch geeignete Maßnahmen, auch auf gesetzlichem Wege, dafür zu sorgen, daß die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Anleiheendienstes herangezogen wird. Die Sachleistungen sollen durch langfristige Privatverträge unter Ausbedingung von Vertragsstrafen gesichert werden. Die Durchführung der Deutschland obliegenden Verpflichtungen ist abhängig von der

Stabilisierung der deutschen Währung.

Nach der Stabilisierung wird es auch möglich sein, im Reichshaushalt die Ordnung zu schaffen, deren Deutschland und seine Gläubiger bedürfen. Zur Verwirklichung dieses Programms ist es, auch im Interesse der Anleihegläubiger, notwendig, daß die gewaltsame Ergreifung von

Maßnahmen und die Anwendung von Sanktionen künftig unterbleiben, und daß Deutschland von den jetzt noch auf ihm lastenden unproduktiven Ausgaben und von den politischen und wirtschaftlichen Fesseln befreit wird. Um dem Frieden Europas in gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit zu dienen und um die natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Erzeugung und Verbrauch herzustellen, soll in privatrechtlichen Verträgen die Grundlage für den gesicherten Austausch von lebenswichtigen Waren zwischen den beteiligten Ländern geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere der Abschluß langfristiger privatrechtlicher Verträge über die Lieferung von Kohle und Holz. Im gleichen Interesse friedlicher Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs ist die deutsche Regierung zu einer Vereinbarung bereit, die Deutschland und Frankreich verpflichtet, alle zwischen ihnen entstehenden Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, in einem friedlichen internationalen Verfahren zu behandeln.

Die deutsche Regierung schlägt vor, auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen in Verhandlungen einzutreten. Ausgangspunkt der Verhandlungen muß sein, daß innerhalb kürzester Frist der status quo ante wiederhergestellt ist. Dazu gehört, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt, in den Rheinländern vertragsmäßige Zustände wiederhergestellt, die verhafteten Deutschen in Freiheit gesetzt und den ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Ämter zurückgegeben werden.

Die Note ist an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die belgische, die französische, die großbritannische, die italienische und die japanische Regierung gerichtet, außerdem dem Papst, den andern Signarmächten des Versailles-Vertrages und den wichtigsten neutralen Staaten in Abschrift übersandt worden.

Parteien und Presse zur Note.

Bedenken und Erwartungen.

Berlin, 2. Mai.

Wenn auch ohne Einschränkung festgestellt werden kann, daß die Regierung Cuno bei ihrem Angebot an die Entente die deutschen Parteien, und zwar sowohl die Bürgerlichen wie auch die Sozialdemokratie, hinter sich hat, so erkennt man doch schon aus der langen Dauer der Vorberatungen, wie schwer dieses Werk gewesen ist, und wie große Meinungsverschiedenheiten es im einzelnen zu überbrücken galt. Grundsätzlich muß hervorgehoben werden, daß ganz besonders im besetzten Gebiet die von der Regierung an den Tag gelegte Aktivität allgemein begrüßt wird. Die Bedenken, die gegen das nunmehr vorliegende Angebot bestanden und teilweise fortbestehen, gehen besonders dahin, ob wir auch wirklich in der Lage sind, die übernommene Verpflichtung innewohnen. Nachdem wir im Januar in Paris 30 Milliarden anboten, inzwischen aber durch den Ruhrbruch und den Dollarsprung von 8000 auf 30 000 unsere Wirtschaftskraft ungeheuer geschädigt wurde, erscheint es besonders den rechtsstehenden Politikern kaum möglich, das gleiche Angebot jetzt zu wiederholen. Wenn sich die Regierung trotzdem dazu entschloß, so beweist das, bis zu welcher äußersten Grenze sie den deutschen Leistungs- und Verständigungswillen anspannte, wieder mit besonderer Rücksicht darauf, daß alles versucht werden muß, um die Leidenszeit der Deutschen im Einbruchgebiet sobald als irgend möglich zu beenden. Erklärlich wird das hohe Angebot zum Teil durch das in den Vorschlag eingebaute Moratorium von vier Jahren und durch die Rücksicht auf die Anschauungen der internationalen Sozialdemokratie, deren Erwartungen sich etwa um die gleiche Ziffer bewegen. Im Grunde bedeutet unser Vorschlag sogar

ein Gesamtangebot von 40 Milliarden,

denn nach der niedrigsten gegnerischen Schätzung haben wir insgesamt bereits 9,6 Milliarden geleistet. (Nach deutscher Berechnung belaufen sich 43 Milliarden!) Ein ähnliches Resultat ergibt sich auch aus einer Berechnung der Zinsen, die eventuell später nachzuzahlen sind. Während der ersten 6 Jahre werden die 5 Milliarden der zweiten Rate und während der ersten 5 Jahre die 5 Milliarden der dritten Rate nicht verzinst, was 1,8 und 2,4 Milliarden Goldmark ausmacht. Würde die Internationale Kommission entscheiden, daß die genannten Zinsen nachzuzahlen sind, so würden nach 1931 noch insgesamt 9 Milliarden Goldmark (4,8 und 1,8 und 2,4) aufzubringen sein. Die Gesamtsumme würde sich dann auf 39 Milliarden erhöhen.

In der Berliner Parteipresse

Spiegeln sich die Anschauungen der politischen Gruppen wider, die rechts in der Befürchtung bestehen, daß wir uns zuviel zugemutet haben, links in der Erwartung gipfeln, daß nun die Tür zu Verhandlungen offen sei.

Die deutschnationale Deutsche Tageszeitung spricht von einem „unverständlichen“ und unerfüllbaren Angebot. Alle Bedenken würden durch Fassung und Inhalt des deutschen Angebots noch außerordentlich verschärft, und weite Kreise des Volkes würden der Regierung aus diesem Wege nicht folgen können. Die völksparteiliche Deutsche Allg. Zeitung erklärt, daß die Reichsregierung Bindungen von unerhörter Tragweite übernehmen will, die das gesamte deutsche Volk- und Wirtschaftsleben auf das schwerste treffen müßten.

Zusammend und erwartungsvoll äußern sich die linksstehenden Blätter demokratischer und sozialistischer Richtung. Die Rössische Zeitung und das Berliner Tageblatt haben übereinstimmend hervor, daß durch die deutsche Note eine Verhandlungsbasis geschaffen ist und daß die Mächte, wenn sie nur den ehrliehen Willen haben, sich nun mit uns an einen Tisch setzen und selbst das Wort ergreifen können. Ähnlich äußert sich der Vorwärts, wenn er sagt: „Die Gegner müssen an der Note der deutschen Regierung jede Kritik über-

um ihren Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen. Weiber die Arbeitgeber, noch die Arbeitnehmer, die an der Ruhr wie im Reich, dürfen in diesen Tagen allein an das eigene Interesse denken. Jede Preiserhöhung, die etwa nur aus der Inflation heraus eingeseht wird, bedeutet ein schmerzliches Vergehen an der Zukunft der Nation.

In den Hauptstädten der Welt wird zur Stunde über die Ausfichten der neuen Reparationsnote verhandelt. Gerade die allerwichtigste Zeit wird Entscheidungen von allergrößter Tragweite bringen. Das Schicksal des Reiches steht über dem des einzelnen und der einzelnen Berufs- und Erwerbszweige. Und wenn das Reich nicht erhalten bleiben sollte, dann würde jeder einzelne sehr deutlich am eigenen Leibe erfahren, wie eng sein Vorteil mit dem des Ganzen verbunden ist. Er würde das erfahren, ob er nun ein an hervorragender Stelle stehender Arbeitgeber oder ein vom der Not dieses Daseins und der Zeit schwerbedrückter Angehöriger des werktätigen Lebens ist.

Forderungen der Vergarbeiter.

Aber die Neugestaltung der Löhne im Bergbau fanden im Reichsarbeitsministerium eingehende Verhandlungen statt. Von den Arbeitnehmern wurden Forderungen aufgestellt, die eine Erhöhung der Bezüge um 40 % vorsahen. Zwischen dieser Forderung und der Ansicht der Arbeitgeber konnte ein Abkommen nicht erzielt werden. Es ist daher ein Schiedsgericht angerufen worden, das sofort entscheiden soll.

Die neue Getreidewirtschaft.

Feststellung des Gesetzentwurfs — Getreidereserve bis zu 3 1/2 Millionen Tonnen — Im Notfall eine Umlage von 1 1/2 Millionen Tonnen — Brotverbilligung für Sozialrentner — Nochmalige Zahlung der Zwangsanleihe.

Nach der bereits Ende vorigen Jahres eingenommenen Stellung der Reichsregierung und der Entscheidung des Reichstages vom 12. April 1923, wonach die Sicherung des Bedarfs an Brotgetreide durch eine gebundene Wirtschaft nicht mehr möglich

ist, daher von einer weiteren Getreidemenge abgesehen werden muß, findet die Getreidemenge mit Berücksichtigung des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres ihren Abschluß. Damit ist die Aufgabe gegeben, die Brotversorgung des deutschen Volkes im kommenden Wirtschaftsjahr auf andere Grundlage zu stellen. Diesem Zweck dient ein Gesetzentwurf, der von der Reichsregierung jetzt den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet worden ist. Bei der außerordentlichen Bedeutung einer geordneten Brotversorgung erschien es nicht angängig, die Versorgung ganz dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, zumal die inländische Erzeugung nicht ausreicht, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken, und eine sehr beträchtliche Einfuhr von Brotgetreide notwendig ist. Es ist in erster Linie darauf hingutreiben, daß diese Einfuhr durch den freien Handel begünstigt wird. Indessen müssen doch Vorsichtsmassnahmen getroffen werden, um eine reibungslose Regelung der Brotversorgung zu sichern. Zu diesem Zwecke erscheint es notwendig, daß

eine Reserve in der Hand der Regierung

vorhanden ist. Der Entwurf sieht eine solche Reserve in Höhe einer Menge bis zu 3 1/2 Millionen Tonnen vor. Die Reserve soll dazu dienen, die öffentliche Versorgung in der Zeit des Überganges vom alten in das neue Erntejahr fortzusetzen, ferner bei örtlichen und zeitlichen Notständen auszuweichen und die Möglichkeit einer Einwirkung bei ungerechtfertigten Preisgestaltungen für das Inlandsgetreide zu geben. Die Reserve, deren Beschaffung und Verwaltung der Reichsgetreidekasse obliegen soll, soll zu einem Teil durch Einfuhr aus dem Ausland beschafft werden, in Höhe von etwa 1 1/2 Millionen Tonnen soll sie aus dem Inland entnommen werden, und zwar möglichst auf dem Wege der Vereinbarung. Die Verhandlungen zu Vertragsabschlüssen in dieser Richtung sind bereits eingeleitet.

Für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, die Getreidemengen durch Verträge auszubringen, sieht der Entwurf die Möglichkeit vor, daß die Regierung eine Mindestmenge Getreide im Wege der Umlage, trotz der gegen die Umlage bestehenden Bedenken, von der Landwirtschaft erhält, und zwar soll diese Umlage auf 1 1/2 Millionen Tonnen erstreckt werden können.

Zu wiederholten Malen ist, namentlich auch vom Reichstag, gefordert worden, daß für die Bedürftigen eine besondere Fürsorge bei der Brotversorgung eintreten müsse. Dieser Forderung trägt der Entwurf Rechnung. Es sollen im Wirtschaftsjahr 1923/24 Geldbeträge bereitgestellt werden, welche die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates festsetzen soll. Sie sollen unter der Vermittlung der Länder und Kommunalverbände Verwendung finden. Da die allgemeinen Staatskasseneinkünfte mit diesen Ausgaben nicht mehr belastet werden können, ist die Erschließung einer einmaligen Quelle vorgesehen, und zwar soll

eine Abgabe in Höhe der Zwangsanleihe

erhoben werden. Die Belastung des Bestandes, die vom Reichstag gefordert worden ist, muß in einfacher und rascher Weise durchführbar sein ohne neue Steueraufgaben für Steuerbehörden oder Steuerpflichtige. Darum war der engste Anschluß an die Zwangsanleihe selbst notwendig. Dem Zwangsanleihepflichtigen wird die Verpflichtung auferlegt, einen Steuerbetrag einzuzahlen, welcher der bereits festgesetzten Zwangsanleihe entspricht. Die neue Abgabe unterscheidet sich nur insoweit von der Zwangsanleihe, als keine Anleihefiktive ausgeben werden, sondern es sich um eine echte, einmalige Steuer handelt. Es schweben Erwägungen darüber, ob man die Einkommensteuer oder die Vermögenssteuer zur Grundlage hätte machen können, jedoch wären in beiden Fällen schwierige Umrechnungen notwendig gewesen. Wenn der Entwurf in der vorliegenden Form vom Reichstag angenommen wird, soll die wiederholte Zahlung des bisherigen Zwangsanleihebetrags

am 1. Juli ohne neue Einzelaufforderung geleistet werden. Es würde nur eine allgemeine öffentliche Aufforderung erlassen werden, da jeder den Betrag kennt, der auf ihn entfällt. Die vom Besten auszubringenden Mittel sollen ein billigeres Brot für diejenigen Volksschichten gewährleisten, die nicht oder nicht vollständig im wirtschaftlichen Erwerbsleben stehen, während im großen und ganzen künftig auch der Brotpreis sich nicht mehr auf der aus politischen Gründen künstlich gehaltenen geringen Höhe bewegen, sondern sich wie alle anderen Waren rein wirtschaftlich selbst regeln wird. Selbstverständlich wird dann ein Ausgleich zwischen dem Brotpreis einerseits und den Lohn- und Gehaltsbeträgen andererseits eintreten müssen.

Dieser schwierige Übergang ist auch der Grund dafür, daß die Regierung sich im vorstehend skizzierten Gesetzentwurf für alle Fälle die Möglichkeit vorbehält, wenn es not tut, wieder mit einer Umlage regulierend einzugreifen. Die Regierung hofft jedoch, daß sich dieser Weg vermeiden läßt. Der Reservebestand, der bis zu 3 1/2 Millionen Tonnen gehen kann, würde in einer solchen Höhe natürlich in Betracht kommen, wenn man zu einer teilsweisen Zwangswirtschaft zurückkehren müßte. Andernfalls wird diese Reserve voraussichtlich auf eine weit geringere Menge beschränkt werden. Der hohe Betrag ist nur deshalb in den Entwurf eingeseht worden, um der Regierung für alle Fälle freie Hand zu lassen.

Soziales und Provinzielles.

Halver, 4. Mai 1923.

□ **Milderung im Paphwesen.** Amlich wird mitgeteilt, daß die Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Paphvorschriften vom 21. Mai 1919 mit Wirkung vom 1. April 1923 ab aufgehoben sind. In der genannten Verordnung waren u. a. strenge Strafen vorgesehen für unbefugtes Überschreiten der Reichsgrenze, für Umgehung der amtlichen Prüfung bei einer Grenzübergangsstelle und für eigenmächtige Abweichungen von dem angegebenen Reiseziel. Strafanzeigen sind im Zukunft nur zu erheben, wenn Ausländer vor dem 1. 4. 1923 eingereist sind und wegen der Feinerzeit unter Strafe gestellten, obengenannten Vergehen noch nicht bestraft sind. Die Strafverfolgung verjährt in 5 Jahren.

— **Die neue Paph-Ordnung.** Zu der Meldung über die Einführung eines Durchlaßscheines für den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wird von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß vor Ablauf von 10 Tagen mit Inkrafttreten der neuen Ordnung nicht zu rechnen ist.

— **Halver, 4. Mai.** Fräulein Elisabeth Kortejohann, einer Tochter des Konrektors Rudolf Kortejohann zu Langerfeld, der von 1883 bis 1908 an der hiesigen Ortschule als Lehrer tätig war, ist eine Lehrerinstelle an der Schule zu Gennepred einstweilig verliehen worden.

+ **Kreis b. Halver, 3. Mai.** Die Nachbarschaft Kreis und Umgegend war Sonntag zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende 9 verstorbener Mitglieder. Die Versammlung ehrte die Verstorbenen durch Erheben von ihren Sigen. Aus Anlaß der verschiedenen Kosten für die Anfertigung eines Sarges und die Gestellung eines Totenwagens wurde folgende Satzungsänderung beschlossen: „Der Sarg wird von der Nachbarschaft geliefert bezw. bestellt, desgleichen der Totenwagen. Eine freie Wahl nach Schreiner pp. findet nicht mehr statt. Aus diesem Grunde ist beim Sterbefall eines Mitgliedes sofort der 1. Vorsitzende Richard Höngen Ramscheid (Telefon Nr. 156 Amt Halver) zu verständigen, der dieselbe für die Beschaffung eines Sarges und Totenwagens Sorge tragen. Vom Vorsitzenden werden allmonatlich bei den Schreibern bezw. Fuhrgeschäften die Preise für die einzelnen Leistungen festgestellt. Die Uebertragung erfolgt jeweils an den Mindestfordernden“. Die Beschreibung dieses Weges war erforderlich, um die Nachbarschaft vor Ausbeutung zu schützen. Dem Vorsitzenden wurde für Bemühungen insbesondere aus Anlaß des Verkaufes der Holzstiftungen eine einmalige Entschädigung bewilligt. Durch die letzten Sterbefälle ist die Erhebung eines weiteren Beitrages von 500 Mark erforderlich geworden. Derselbe ist sofort zu zahlen. Falls bei erster Vorsprache von den Besitzern der fällige Beitrag nicht gezahlt wird, so ist das betr. Mitglied für die Ablieferung des Beitrages selbst verantwortlich. Erfolgt die Einzahlung nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit, so ist das Mitglied aus der Nachbarschaft ausgeschieden.

Schweini, 1. Mai. Eine in der Kölnerstraße wohnende Frau erhielt vor einigen Tagen einen Einschreibebrief von ihrem Sohn aus Amerika. Nach Deffnung desselben stellte sie fest, daß aus dem Brief ein Zehndollarschein entwendet worden war. Bei Prüfung des Briefumschlages sah sie, daß der Brief geöffnet und wieder zugestekt worden war. Die Post hat die Untersuchung dieses Diebstahls eingeleitet.

Altenhundem, 2. Mai. Ein erschütternder Todesfall trug sich hier zu. Eine Frau S. aus Heinsberg war kürzlich im hiesigen Krankenhaus an einem schweren Bruchleiden mit bestem Erfolg operiert worden und wurde jetzt von ihrem Mann als vollständig geheilt in die Heimat abgeholt. Sie sollte jedoch dieselbe nicht mehr erreichen. Auf dem Bahnhofe brach sie plötzlich ohnmächtig zusammen. Leider wurde ihr nicht die für solche Fälle wertvolle erste Hilfe zuteil, so daß der bald darauf herbeigeholte Arzt nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnte. Den Schmerz der ihre Mutter so sehnlichst erwartende Kinderschar kann man sich vorstellen.

Reddinghausen, 1. Mai. Die Familie des Ende Januar von hier ausgewiesenen Oberbürgermeisters Hamm hat jetzt wegen angeblicher feindseliger Haltung des Oberbürgermeisters gegenüber der Bejagung den Ausweisungsbefehl erhalten. Sie muß das besetzte Gebiet bis Freitag morgen verlassen.

Burg a. d. W., 2. Mai. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich an der scharfen Biegung der von Solingen kommenden Landstraße am „Dortmunder Hof“, an der Wupperbrücke. Ein schwerer Lastkraftwagen aus Düsseldorf fuhr mit rasender Geschwindigkeit auf der abschüssigen Straße gegen die in der Kurve liegenden Steintrappe des Dortmunder Hofes, riß diese weg, ebenso die an der Wupperseite des Hauses angebaute Terasse, und stieß dann gegen Ufermauer und Geländer der Wupperbrücke, wobei der Wagen vollständig zertrümmert wurde. Vom Fahr- und Begleitpersonal des Autos blieben sofort drei Mann tot, während der vierte lebensgefährlich verletzt wurde. Tot sind der Fahrer Hermann Damm (Düsseldorf), der Schaffner Josef Wimmer (Düsseldorf) und der noch unbekannte Beifahrer des Wagens; der Schwerverletzte ist der Lagerarbeiter Franz Krause (Düsseldorf). Das Unglück ist anscheinend auf das Verjagen der Brems- und Steuervorrichtung zurückzuführen. Schon mehrere hundert Meter oberhalb der Unglücksstätte, an der Burger Höhe, hatte der Kraftwagen eine Panne, nach deren Behebung er zunächst im mäßigen

Tempo weiterfuhr. Dann scheint eine Kette gerissen zu sein, der Wagen war steuerlos und nicht mehr zu halten und sauste ungehemmt abwärts. Die Insassen sahen offenbar ihren Tod vor Augen; schon in der Höhe des Rathauses standen sie mit hochgehobenen Händen hilferufend auf dem Wagen, von dem abzuspringen ebenfalls den sicheren Tod bedeutete.

Düsseldorf, 1. Mai. Zwei Eheleute, die in Scheidung lebten und einen kleinen Zigarrenhandel betrieben, garieten wegen Teilung des Inventars in Streitigkeiten, wobei der Ehemann zwei Brüder zu Hilfe holte. Die Ehefrau wurde, da sie sich der Herausgabe der Zigarrenvorräte widersetzte, von den drei Personen überwältigt und gefesselt. Sie erstickte nach kurzer Zeit. Die Kriminalpolizei nahm die drei Täter fest.

Aus dem Parteilieben.

+ **Halver, 3. Mai.** Am Sonntag, den 6. Mai findet seitens der Deutschen Demokratischen Partei eine große Mittelstandsfundgebung in Schwerte statt. Beginn nachm. 2 Uhr im Hotel zur Post, Redner Abgeordneter Knieß, Kassel, anschließend daran im kath. Vereinshaus nachm. 5 Uhr eine öffentliche Versammlung, in welcher Abgeordneter Dietrich, Bad. Staatsminister a. D. sprechen wird.

Wetter-Aussagen.

- 6. Mai Sonne, teils Wolken mit Regen, gelinde.
- 7. „ Sonne, vielfach Wolken, windig, teils Sturm.
- 8. „ wenig verändert, gewitterhaft.
- 9. „ veränderlich, warm.
- 10. „ kaum verändert.
- 11. „ heiter, Wolkenzug, warm, strichweis Gewitter.
- 12. „ wenig verändert.

Aleine Nachrichten.

Die Anklage gegen Krupp.

Essen, 2. Mai. Krupp v. Böhlen und Salsch ist gestern nach kurzem Verhör in das Gefängnis in Werden abgeführt worden. Die Anklage wird vermutlich auch auf das Betriebsratsmitglied Müller ausgedehnt werden. Die französische Anklage gründet sich auf eine angebliche Verletzung einer Ordnung betreffend Unternehmungen gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung im Ruhrgebiet. Im ersten Falle, so sagt die Pariser Presse (1), kann die Strafmessung bis zur Todesstrafe gehen, im zweiten Falle bis zu 5 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark.

Frankreich will ablehnen.

Paris, 2. Mai. Die französische Presse nimmt zu dem neuen deutschen Angebot, welches sie zunächst noch gar nicht im Wortlaut kannte, scharf ablehnend Stellung. Die Reparationssumme wird als ungenügend bezeichnet, ebenso die angebotenen Garantien für die Zahlung. Frankreich sei heute fest entschlossen, den Zahlungswillen seines Gegners zu erzwingen. Die Haltung der französischen Regierung zu den Vorschlägen der Berliner Regierung unterliege deshalb nicht dem geringsten Zweifel.

Berlin, 3. Mai. An der heutigen Mittagbörse notierte der Dollar 39251.

Schriftleitung: Wih. Bell jr., Halver i. Westf.

Sikung der Gemeinde-Vertretung Schalksmühle

findet statt am Dienstag, den 8. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr im Kaffeehaus von Schulz in Schalksmühle. Halver, den 1. Mai 1923. Der Amtmann.

Die diesjährige Bullenkrönung findet für den Amtsbezirk Halver am Dienstag, den 15. Mai 1923 vormittags 8 1/2 Uhr in Halver (Posthaus) und für Carthausen vormittags 9 1/2 Uhr statt. Das Mindestbedgeld für Bullen ist auf 9000 Mk. festgesetzt worden. Halver, den 30. April 1923. Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Die Hundesteuerhebeliste der Gemeinden Rierspe und Rönshahl aufgestellt nach der Ordnung betr. Erhebung einer Hundesteuer im Kreise Altkreis Kreistagsbeschluss vom 23. Februar 1923, liegen vom 7. ds. Mts. an 2 Wochen lang zur Einsichtnahme der Beteiligten offen und zwar:

- a) für die Gemeinde Rierspe im Amtshaus Zimmer 3.
- b) für die Gemeinde Rönshahl bei dem Gemeindevorsteher in Büchhausen.

Rierspe Rönshahl, den 2. Mai 1923. Der Amtmann: Hiltebrandt. Der Gemeindevorsteher: Müller

In unser Handelsregister A ist unter Nr. 144 am 27. April 1923 die offene Handelsgesellschaft in Firma Otto Haase & Co mit dem Sitz zu Rierspe eingetragen.

Gesellschafter sind: Kaufmann Otto Haase in Rierspe und Kaufmann Robert Mannesmann in Büchhausen. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1923 begonnen. Amtsgericht Meinerzhagen.

Samstag morgen, den 5. Mai erhalte ich

**Rühe.**

Eugo Rierspe, Halver. — Telefon 52 —

Vin Samstag, den 5. d. Mts. mit hochtragenden

**Rühen**

in Dinge anwesend W. Schoppmann.

Ausflug-Sikung

am Sonntag, den 6. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr bei Geschw. Fasbender. Tagesordnung: Satzungsänderung. Der Vorsitzende des Vorstandes.

Bisitenkarten liefert schnell u. billig die Buchdruckerei Wih. Bell jr.

Stadt Kanten.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Eugen Belduser u. Frau

Bulda geb. Schmidt

Oberbrügge

4. Mai 1923.

Bielefeld

Motorräder Cito K.-G. 4 Ps.

Übernehmen Reparaturen jeder Art von Motorrädern aller Fabrikate.

Ausführung durch Spezialisten, daher sachgemäß und unter Garantie.

Gebr. Löwen, Hagen

— Telefon 4226. —

Wir empfehlen als besonders preiswert:

Baumwollwaren

Nessel, za. 80 breit . . . 3600, 3400, 2900
Hemdentuch, grob u. feinfädig von 3800 an
Handtuchgebild, Gerstenkorn von 2600 „
Bettdamast, 130—160 breit, von 11000 „
Bettdamast, 130—160 breit, beste Qualität . . . von 19500 „
Bettdamast-Halbklein, 160—160 breit . . . von 11500 „
Ferner empfehlen wir in großer Auswahl:
Schürzenlamosen, Bettkattune, Biber, Blänleinen, Frottiertücher, Tischdecken, Kaffeedecken usw.

Wasch-Stoffe

Baumwoll-Musseline, in großer Auswahl . . . von 4200 an
Woll-Musseline, uni und bedruckt, reine Wolle, hochaparte Muster 15800, 13500
Perkal, für Blusen und Oberhemden in riesiger Auswahl . . . 5200, 4800
Voll-Volle, 100—115 breit, weiß prima Schweizer Qualität, 10800, 9800

Kleider-Frotté

die große Mode

in riesiger Auswahl und ausgesucht schönen Dessins

18 500 17 000 13 500

Woll-Stoffe

wie:

Cherlots, Kammgarne, Gabardine, Tuche, Popeline, Besatztuche, Blusen- u. Rockstreifen, Karos usw. zu bekannt billigen Preisen.

Etamine-Stores

Tupfenmull und Etamine in großer Auswahl.

Textil-Haus Hansa

Etagengeschäft
Hagen i. Westf.
Goldbergstraße 2 a.

Spiel- u. Sport-Verein Halver 1911.

Frühlings-Waldlauf

am Sonntag, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, in den Wäldern des Deisterberges.

Drei-Gruppen-Lauf:

I. Gruppe: Schüler 1. Kl. 10-12 J., 2-300-m-Lauf
II. Gruppe: Junioren 14-18 J., 500-1000-m-Lauf
2. Kl. 12-14 J., 3-500-m-Lauf

III. Gruppe:

1. Klasse 18-25 Jahre, 1-2000-m-Lauf.
2. Klasse über 25 Jahre, über 2000-m-Lauf.
Sämtliche Teilnehmer müssen spätestens 2 Uhr auf der Karlishöhe sein zwecks Einteilung.

Die Veranstaltung ist vollkommen frei.

Umkleiden in der Karlishöhe. Preisverteilung nach Beendigung der Läufe in der Karlishöhe. Recht rege Beteiligung erwartet

die Waldlaufkommission

Anzüge, Hosen, Schlüpfer, Couvercoats, Gummi-Mäntel

573 in aparten Farben und Formen

auf **Teilzahlung** im

Bekleidungshaus Westfalia
Hagen, Elbersufer, Ecke Heidenstraße.

Neu eröffnet!

8ung!

8ung!

Wir verkaufen auf Teilzahlung

Herren- u. Burschenanzüge, Joppen, Schlüpfer, Hosen, Covercoats, Gummimäntel

-- alles in neuester Machart --

sowie Manufakturwaren

Reelle Bedienung.

Spezial-Haus

Woll-Berg

59 HAGEN I. W. 59
Altenhagenerstr.

Montangesellschaft Saar m. b. H.

Niederlassung Hagen i. W.

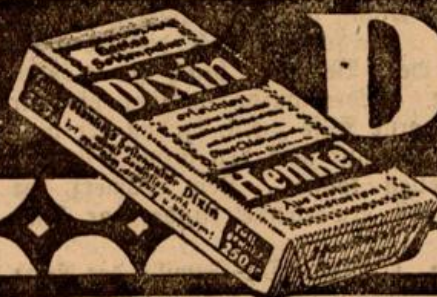
Fernsprecher 4022, 4023, 4024, 4025.

Telegrammadresse Saarmontan.

Eisen- u. Stahlerzeugnisse

jeder Art.

325



Dixin

das dankbare
Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CO., DUISBURG

Im Saale des Herrn Polmann (Lingener Talsperre) findet am Sonntag, 6. Mai

- Konzert -

statt.

Musikverein Kierspe
u. Theateraufführung
Verein „Gemütlichkeit“-Höckinghausen.

Zur Aufführung gelangt das Volksstück:
„Der Schmied von Ruhla“.

Aus meiner mit Ehrenpreisen prämierten Buchstamm (Silberbrake) gebe ich noch Bruteier gegen Umtausch ab. (2 geb. 1 Brutei).
Lange, Oberbrügge.

Preislisten, Kataloge für die Klein-eisenindustrie werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt. Stelle hierzu aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung.
Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Für Wiederverkäufer
beste und billigste Einkaufsquelle

BOZETTI
Fernruf 3679
Hagen i. W., Obere Wasserstr. 1, am Unterberg

Achtung! Zigarren Billig!
Anerkannt preiswerte Qualitäten!
Sonder-Angebot in
Zigaretten erster Firmen
la. Nordhäuser-Kautabak
Eigenes Steuerlager. Lagerbesuch lohnt.

Kopierbücher

500 und 1000 Seiten
sind vorrätig.
Wilh. Bell jr., Halver.

Vorrätig auf Lager und empfehle zu billigsten Tagespreisen:

sämtliche Klee- und Grassaaten

in nur Ia. Qualitäten,

la. Saatwicken,

la. Riesen- und

Ackerpögel,

la. Perlmais,

la. Melasse und

Pferdehacksel,

la. Korn- u. Speisefalz,

sowie la. Weizenmehl

tauche evtl. auch gegen

Roggen und Hafer.

Alt. Herdepe, Halver.

Telefon 40.

Lenneper Tuch-Lager

Gebr. Wittenstein

Anruf 1053.

Hagen i. W.

Karlstrasse

39



Inh.: Alfred u. Werner Wittenstein

Anruf 1053.

Hagen i. W.

Karlstrasse

39

Für den Sommer

empfehlen wir unserer werten Kundschaft:

Voile in ganz geschmackvollen Muster bei großer Auswahl in nur Ia. Qualität. Mtr. von Mk. 5900.- an.

Musseline in reiner Wolle, in nur mod. Dessins bei großer Auswahl Mtr. v. Mk. 9500.- an.

Frotté in großer Auswahl, uni, gestreift, kariert, dopp. breit, nur gute Qualitäten von Mk. 12500.- an.

Gabardine, Tuche, Kammgarn, 130 cm breit, reinwollene schw. Qual. in allen Farben zu bekannt billigen Preisen (für Mäntel, Kleider u. Kostüme).

Rockstreifen (mit Frotté) aparte Neuheiten und in sonst vielen Ausführungen, riesengroße Auswahl zu billigen Preisen.

Anzugstoff Mantel-, Paletot- und Hosenstreifen, enorme Lager in bester Qualitätsware, für jeden Geschmack zu anerkannt billigen Preisen.

!! Besuchen Sie unser Lager !!
Ein Besuch lohnt sich !!

Hagen i. W. Anruf 1053. Karlstr. 39

Lenneper Tuch-Lager

Gebr. Wittenstein.